

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer Anrecht auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundziffern in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 155

Sonnabend, den 6. Juli 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Öffentliche Schulaufsicht

am Montag, den 8. Juli 1929, nachmittags 6 Uhr im Rathaus
Tages-Ordnung: I. Kenntnisnahmen, II. Beratungen und Beschlusseffassungen:
1. Richtungsrechnung der Schulkassenrechnung 1927 und Entlastung des Kassierers. 2. Wahl von

Rechnungsprüfern. 3.) Verlängerung des Feuerversicherungsvertrages über den 1. 11. 1929 hinaus. 4.) Ausbesserungsarbeiten in der Volksschule. 5.) Klingel- und Uhrenanlage. 6.) Anschaffungen. III. Anträgen und Anträge.
Pulsnitz, am 4. Juli 1929. **Stadtrat Beyer**, stellv. Vors.

Das Wichtigste

Aus Chicago wird gemeldet, das Flugzeug „Antin Bowler“ sei bei Great Whales (Ontario) gelandet.
Nach Berichten der Washingtoner Handelskammer sind in den letzten 14 Tagen von 94 Städten Gesuche um Erlaubnis zur Anlage von Flughäfen eingegangen. Damit steigt die Anzahl der neu anzulegenden Flughäfen auf 1122.

Gegensätze.

Sturm auf die Wirtschaftskasse. — Ein Fest in Sorgenzeiten. — „Wenig erfreulich.“
Von Gerhard Hoefs.

Das graue Elend geht in Deutschland um. Wollen wir uns denn durch die glänzende Fassade der prächtigen Auslagen der Schaufenster in den Groß- und Mittelstädten darüber täuschen? Wollen wir bloß den Luxus sehen in den Euzugstraßen der Städte, wo Menschen prassen, denen die Not unseres Volkes gleichgültig ist. Sind nicht viele Ausländer darunter? Fühlt nicht jeder am eigenen Leibe voll uns Deutschen, von der überwiegenden Mehrzahl wenigstens, daß unsere Lebenshaltung gerade noch auf der Waage menschlicher Berechtigung steht? Ist die Not nicht groß in dem Waldenburger Industriegebiet? Klopft die Armut nicht an mancher Bauerntür in Ostpreußen an? Stehen in Schleswig-Holstein nicht Hunderte von Landwirten vor der Erkenntnis, daß, wenn nicht baldige Rettung kommt, sie und ihre Familienangehörigen darben müssen? Mühen wir erst in das Land der Thüringer Spielwarenindustrie gehen, um zu sehen, daß Not in unserem Vaterlande herrscht? Wird nicht jeder einsichtige Arbeiter zugeben müssen, daß er vor dem Kriege mit weniger Lohn viel auskömmlicher zu leben vermochte als heute, wo man viel mehr Papiercheine in der Tasche hat? Haben die Beamten und Angestellten nicht vor dem Kriege empfunden, daß hinter den Goldstücken, die ihnen in der Tasche klimperten, der Reichtum eines Landes stand, das über eine aufblühende Industrie, über produktive Kolonien, über eine mächtige Handelsflotte verfügte? Weiß nicht jede deutsche Hausfrau von dem „Sturm auf die Wirtschaftskasse“ zu erzählen, von der Not der deutschen Hausfrauen? Wie das Geld draußgeht für Kleidung, Heizung, Gas, Zeitung, Krankentassen und Versicherungen, Schule, Fahrgehalte, und wie wenig übrig bleibt für besondere Wünsche des Lebensbedarfes? Will da noch jemand behaupten in Deutschland, daß die Not nicht in unseren Ländern umgeht, auch wenn wir nicht gerade hungern müssen? Und soll es keinen Ausweg aus dieser Not geben?

Währenddessen bereitet die Deutsche Republik die Feier ihres zehnjährigen Wiegensfestes — Verzeihung — richtigeres Tages der zehnjährigen Wiederkehr der Annahme der Weimarer Verfassung in der Weimarer Nationalversammlung vor. Wird nicht jeder von uns einfachen Staatsbürgern sich fragen, ob die Feier dieses Tages, dessen Berechtigung man nicht verkennen will, in schlichteren Grenzen festlich begangen werden könnte, wenn man eben bedenkt, daß wir seit Versailles ein armes Volk geworden sind? In der Reichshauptstadt werden am 11. August Massenfestspiele im Stadion veranstaltet werden. Ein großer Volksflugtag wird abgehalten, Festabende in den Opernhäusern sind vorgesehen. Gut, in den Kirchen sollen Festgottesdienste stattfinden. Hier kann in würdiger Form auch auf den 11. August hingewiesen werden. Nichts Luxuriöses ist daran. Aber genügt es nicht, wenn in den Schulen Verfassungsverfeiern abgehalten werden. Müssen erst die Schulkinder in Demonstrationen zu gemeinsamen Schulfeiern in jedem Orte zusammengeführt werden? Und dann hat die Reichsregierung allein 200 000 Mark für die Verfassungsfeier ausgeworfen. Dreißig Schüler aus den deutschen Provinzen werden während des Verfassungstages Gäste der Reichsregierung in der Reichshauptstadt sein. Sprechchöre der Schulkinder werden auftreten, Feuerwerk, Würstchen, Milch, eine Tafel Schokolade wird umsonst an die Schulkinder verabfolgt werden. Dadurch erwachsen der Stadtverwaltung große Ausgaben. Mancher Deutscher wird da den Kopf schütteln; denn ertönt nicht immer wieder von oben her der Ruf: Mehr Sparsamkeit!

Der Brief v. Mückes an die Linksparteien

Dresden, 5. Juli. Herr v. Mücke hat, wie bereits gemeldet, der SPD. und KPD. ein Bündnisangebot unterbreitet. Die Sozialdemokratischen Blätter veröffentlichen jetzt diesen Brief, der folgenden Wortlaut (die Wortsperren rühren von der Redaktion her) hat:
Hellmuth v. Mücke Dresden-Poschwitz, 29. Juni 1929
Fernruf: Dresden 37 490 Weichenweg 32
Postfach: Dresden 15 020

Vertraulich!
An die Herren Vorsitzenden der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion im sächsischen Landtag
Sehr geehrte Herren! Dresden, Landtag.
Die Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse, die sich an die Wahl des jetzigen Ministerpräsidenten geknüpft haben, veranlassen die Reichsleitung der N. S. D. A. P., in Ueberlegungen einzutreten, ob die zukünftige Regierung überhaupt lebensfähig ist.
Ich darf mir daher erlauben, als Abgeordneter der „Sektion Reichsleitung“ der N. S. D. A. P. mit Ermächtigung und im Auftrage meiner Parteileitung an Sie heranzutreten mit der Frage, ob Sie geneigt sind, mit mir Verbindung aufzunehmen zur Klärung der Frage, ob eine Unterstützung einer von Ihren Parteien gebildeten sächsischen Regierung durch die nationalsozialistische Fraktion sich ermöglichen läßt.
Die Reichsparteileitung legt Wert auf die Klärung dieser Angelegenheit, um mit der Landtagsfraktion entsprechend in Verbindung treten zu können.
Die Herren werden sich aus dem vorigen Landtag erinnern, daß dieselbe Frage schon einmal gestellt hat, und daß damals mir Zusicherungen gemacht werden konnten, die es uns ermöglicht haben würden, eine von Ihren Parteien gebildete Regierung zu unterstützen.
Mehr oder minder dieselben Punkte würden ja auch heute zur Debatte stehen. Ich darf sie daher in Kernpunkten wiederholen. Damals stellte ich zur Bedingung, in erster Linie die Vermeidung jedes Ausnahmegesetzes gegen meine Partei, Vermeidung jedes Verbotes oder Auflösung aus Gründen, die bei anderen Parteien unter gleichen Verhältnissen nicht zum Verbot oder zur Auflösung führten, Vermeidung aller Polizeischikanen usw. usw., Vermeidung einer Beschränkung der Äußerung der Meinungsfreiheit.
Sollten die Herren geneigt sein, die angeregte Besprechung zu haben, so wäre ich für eine gefällige Benachrichtigung, gegebenenfalls fernmündlich (37 490), zu Dank verpflichtet.
Ich darf annehmen, daß ein völliges Schweigen auf mein Schreiben als Ablehnung aufzufassen ist und daß ich dann dementsprechend meiner Reichsleitung Bericht erstatten könnte.
Die nationalsozialistische Fraktion hat Kenntnis.
Ich darf ergebenst bitten, dieses Schreiben als vertraulich zu behandeln.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebenster gez.: Hellmuth v. Mücke
Abgeordneter der „Sektion Reichsleitung“ der N. S. D. A. P.

Das „Sächsische Volksblatt“ bemerkt dazu: Wir haben den Wunsch „Vertraulich“ respektiert selbstverständlich nur solange, bis unsere Landtagsfraktion dazu Stellung genommen hätte. Nachdem aber von den Kommunisten diese selbstverständliche und allgemein übliche Verpflichtung nicht eingehalten wurde, haben wir keine Ursache mehr, den Brief der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Wir be-

trachten diesen Brief als ein Druckmittel gegen Brünger und die übrigen bürgerlichen Parteien, um sie den Forderungen der Hittlerschen gefügig zu machen. Für uns Sozialdemokraten liegt die Sache sehr einfach. Unser Arbeitsprogramm für den sächsischen Landtag ist den Nationalsozialisten bekannt. Es zeichnet die Grenzen unserer Zugeständnisse gegen alle Parteien. Wenn Herr Brünger in den nächsten Tagen gestürzt werden sollte, und dann erneut die Frage der Wahl eines Ministerpräsidenten zur Debatte steht, dann können ja die Hakenkreuzler für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten, wie wir überhaupt niemandem im Lande und im Landtag verwehren, sich auf dem Boden der Vernunft zu begeben, und einem Anhänger der SPD das Vertrauen zu schenken. Bemerkenswert aber ist, daß bei den Nazis der im Wahlkampf so laut gepredigte Kampf gegen die Marxisten jetzt bereits zu einem Bündnisangebot an diese Marxisten geführt hat. Wir finden das Vorgehen Mückes, wenn auch vielleicht nicht ganz ehrlich, aber doch von seinem Standpunkt aus ganz geschickt. Natürlich wird den Demokraten, ohne deren Mithilfe doch alle Lumpereien gegen die sächsische Arbeiterschaft unmöglich gewesen wären, schon Angst, wenn nur in weitester Ferne der Gedanke einer Linkregierung auftaucht.

Dr. Held über die Organisation der Länder.
Berlin. Dr. Held hat dem in Berlin zusammengetretenen Unterausschuß der Länderkonferenz ein Referat überreicht. Im ersten Teil nimmt das Referat von Dr. Held zu dem gemeinschaftlichen Referat über die Organisation der Länder Stellung. Für die weiteren Verhandlungen von besonderer Wichtigkeit ist der Nachweis, daß nach der deutschen Reichsverfassung eine Zuständigkeit des Reiches zur allgemeinen Organisation der Länder überhaupt nicht besteht. Dr. Held spricht gleichzeitig weiterhin von dem Irrtum, der darin besteht, als ob Bayern nur in kurzfristigem Partikularismus an seine eigenen Rechte denke. Der wichtigste Teil des Referats ist der zweite. In ihm werden die bisherigen Zuständigkeiten der preussischen Provinzen und die Entwicklungsgeschichte der Autonomiebewegung dargestellt.

Gegen eine Scheinfront der Genossenschaften.

Der zweite Verhandlungstag in Königsberg.
Königsberg. In der zweiten Hauptversammlung des 42. Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstages in Königsberg sprach Geheimrat Hohenegg (München) über die Vereinheitlichung des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Der Berichterstatter erinnerte eintleitend daran, daß die Einigungsverhandlungen in den nächsten Tagen auf eine „leider“ zweijährige Dauer zurückzuführen können. Er wies dann darauf hin, daß die Verhandlungen festere Formen erst mit der Vorlage des Schlesienschen Notprogramms angenommen hätten. Die große deutsche Genossenschaftsfront dürfe nicht bloß eine Scheinfront sein. Wenn alle vom Geist der Geschlossenheit befeelt seien, werde auch die immer noch schwebende Personenfrage zu lösen sein.

Zur Ablehnung des Klepperischen Kompromißvorschlages durch den Reichsverband sagte der Redner, daß es sicherlich keine zu verurteilende Annahme sei, wenn sich der Reichsverband einbilde, in seinen eigenen Reihen über Männer zu verfügen, die den Versuch wagen dürften, die Geschicke des geeinigten deutschen Genossenschaftswesens in die Hand zu nehmen.
Den nächsten Vortrag hielt Verbandsdirektor Hofrat Dr. Schöne (Dresden) über das Thema: „Welche Wege sind vom weiteren Ausbau des genossenschaftlichen Waren-geschäfts zu beschreiten?“

